

PICUM Newsletter

November 2004

Fertiggestellt am 17. November 2004

Dieser Newsletter wird monatlich an das PICUM-Netzwerk verschickt. Er konzentriert sich auf Nachrichten und politische Entwicklungen im Bereich der sozialen Grundrechte von Menschen ohne Papiere in Europa. Er ist in den folgenden Sprachen verfügbar: Englisch, Deutsch, Niederländisch, Spanisch, Französisch, Italienisch und Portugiesisch. *Wenn Sie den Newsletter in einer anderen Sprache erhalten möchten, schicken Sie bitte eine e-mail an das Sekretariat (administration@picum.org).* Der Newsletter ist auch als Word-Dokument auf der PICUM-Homepage verfügbar (www.picum.org). Bitte zögern Sie nicht, den Newsletter weiterzuverbreiten.

1. **Tod an der Grenze**
2. **Informationen aus den EU-Mitgliedsstaaten (plus Schweiz und Vereinigte Staaten)**
3. **Entwicklungen in der EU-Politik**
4. **Veranstaltungen (Meldungen und Berichte)**
5. **Veröffentlichungen**
6. **Verschiedenes**
7. **PICUM-Nachrichten**

(im Folgenden: *MNS* = *Migration News Sheet*)

- Für weitere Informationen über das *Migration News Sheet*, das die Bereiche Migrationspolitik/ -recht, irreguläre Einwanderung, Asyl/ Flüchtlinge und Rassismus/ Fremdenfeindlichkeit bearbeitet: <http://www.migpolgroup.com/>

1. Tod an der Grenze

- Laut einer vor kurzem veröffentlichten Studie von Professor Michael Pugh von der Universität Plymouth (UK) ertrinken jedes Jahr bis zu 4.000 Asylsucher auf hoher See. Seine Zahlen stammen von Interviews mit Flüchtlingen, Berichten von an der Küste angespülten Leichen, Wracks und Regierungsstatistiken. Sie deuten darauf hin, dass jährlich etwa 2.000 Menschen beim Versuch nach Europa zu kommen im Mittelmeer umkommen. Es wird angenommen, dass eine ähnliche Anzahl Menschen auf der Überfahrt nach Australien und die Vereinigten Staaten stirbt.

http://www.guardian.co.uk/Refugees_in_Britain/Story/0,2763,1323311,00.html

- Die Asociación Pro Derechos Humanos de Andalucía hat am 25. Oktober 2004, dem ersten Jahrestag des Schiffbruchs einer *patera* in Rota (Spanien), bei dem 37 marokkanische Migranten ohne Papiere ertranken, eine Stellungnahme herausgegeben. Der Kapitän eines Schiffes, das die Straße von Gibraltar querte, hatte die spanische Küstenwache alarmiert, diese brauchte jedoch über eine Stunde um zu reagieren, und bis dahin waren beinahe alle Passagiere auf dem Boot gestorben. Eine Untersuchung wurde eingeleitet, sie wurde aber vor kurzem durch den Staatsanwalt von Andalusien geschlossen. Er behauptet, dass für eine weitere Untersuchung keine Beweismittel vorliegen. <http://www.apdha.org/>

- Die Grenzpatrouille der U.S.A. wird für ihre Methode, die Toten an der Grenze zwischen Mexiko und den U.S.A. zu zählen, kritisiert. Die Agentur sagt, dass die erhöhte Wachsamkeit geholfen hat, die Todesfälle unter Migranten ohne Papiere zu vermindern. Menschenrechtler sagen allerdings, dass es im Interesse der Regierung ist, die Zahlen niedrig zu halten, sodass die Öffentlichkeit sich der wahren menschlichen Kosten der Grenzpolitik nicht bewusst wird. Sie behaupten, dass die Zählungen voller Ungenauigkeiten stecken, und dass in Wahrheit mehr Migranten ohne Papiere beim Überqueren der Grenze sterben, als die offiziellen Zahlen angeben. <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A30869-2004Nov6.html>

2. Informationen aus den EU-Mitgliedsstaaten (plus Schweiz und Vereinigte Staaten)

Allgemeines

- Das Komitee für Welternährungssicherheit der UN-Welternährungsorganisation (FAO) hat freiwillige Richtlinien für die Implementierung des Rechtes auf angemessene Nahrung beschlossen. Der Text hat zum Ziel, Regierungsmaßnahmen für die Implementierung dieses Rechtes zu lenken. Die Verhandlungen waren besonders schwierig, weil zum ersten Mal eines der ökonomischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte diskutiert und außerhalb des UN-Menschenrechtssystems mit Regierungen verhandelt wurde. Die freiwilligen Richtlinien sind daher auf dem besten Weg, ein wichtiger Referenztext für die zukünftige Interpretation der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte zu werden, und sie sind ein gutes Hilfsmittel, mit dem die Zivilgesellschaft in der Zukunft Regierungen zur Verantwortung ziehen kann. <http://www.fian.org>

- Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst (JRS) Europa hat einen Bericht über "Abschiebezentren" für Asylsucher veröffentlicht. Eine Liste von etwa 200 Zentren in 24 europäischen Ländern wurde ausgearbeitet, und die Gesetzgebung von 14 von ihnen wurde untersucht, einschließlich 11 EU-Mitgliedsstaaten. www.detention-in-europe.org

- Die zeitweilige Migration von Dienstleistungsbeschäftigten unter Modus 4 der Allgemeinen Abkommens über den Handel in Dienstleistungen (GATS) der WTO (Welthandelsorganisation) hat sich als ein Hauptproblem in den aktuellen WTO Verhandlungen herausgestellt. In Anbetracht dessen, dass sie sowohl Handels- als auch Migrationspolitik umfasst, bringt sie eine Anzahl komplexer Probleme zur Sprache. Ein Papier veröffentlichte die Ergebnisse einer Konferenz, die auf den Aufbau eines besseren Verständnisses der Herausforderungen und Chancen in Beziehung zu Modus 4 abzielte, sowohl für die Handels- als auch die Migrationspolitikgemeinschaft. Einige der Bedenken, die beleuchtet wurden, waren dass Migrationsangelegenheiten noch nicht auf internationalem Niveau behandelt werden zu können scheinen, und dass die WTO nicht das richtige Forum für eine Erörterung von Migration ist. <http://www.eldis.org/cf/rdr/rdr.cfm?doc=DOC16066>

- Gabriela Rodríguez Pizarro, UN-Sonderberichterstatterin der Menschenrechtskommission, hat vor kurzem einen neuen Bericht über die universelle Misere von 'regulären/ irregulären MigrantInnen' veröffentlicht. Sie streicht heraus wie schwierig es ist, die Anerkennung der Menschenrechte von ImmigrantInnen zu erreichen, besonders die jener mit irregulärem administrativem Status. Weiters betont sie die Notwendigkeit eines rechtszentrierten Migrationsmanagements. Die Mitteilungen der Sonderberichterstatterin an die Regierungen

zeigen eine ständige Verschlechterung der Menschenrechtssituation von MigrantInnen, besonders im Fall derjenigen mit irregulärem administrativem Status.

<http://www.ncadc.org.uk/archives/iled%20newszines/newszine51/MigrantsRights.pdf>

- Mehrere NGOs in und um Antwerpen (Belgien) erwägen die Möglichkeit, ein Denkmal für alle MigrantInnen zu errichten, die beim Versuch, Europa zu erreichen, umgekommen sind. Sie stehen einer Zusammenarbeit mit anderen NGOs, die dieselbe Idee haben, offen. Kontakt über PICUM: info@picum.org

- Am 4. November hat der Fernsehsender France 2 einen Dokumentarfilm über den Schmuggel von MigrantInnen ohne Papiere zwischen Marokko und Spanien mit dem Titel "Envoyé spécial: Carnet de route exceptionnel, traversée clandestine" gesendet. <http://telecineobs.nouvelobs.com/ARTICLES/A253639.asp>. PICUM würde diesen Dokumentarfilm gerne bekommen. Wenn Sie Informationen darüber haben, woher wir eine Kopie beschaffen können, kontaktieren Sie uns bitte: info@picum.org.

- Ein Aufruf gegen Ausländerlager in Europa mit dem Titel "Gegen die Schaffung von Lagern an den europäischen Grenzen" wurde von Vereinigungen, Parlamentariern und Einzelpersonen aus verschiedenen europäischen Ländern lanciert. Der Aufruf schließt auch die Externalisierung dieser Lager außerhalb der europäischen Grenzen ein, und wurde von 190 Organisationen und 111 gewählten Vertretern unterzeichnet. Weitere Informationen, und zur Unterzeichnung des Aufrufs: <http://no-camps.org/petition.php>

- Die International Organization of Migration (IOM) hat eine einen Monat dauernde Informationskampagne lanciert, um potentielle MigrantInnen über die Fallen irregulärer Einwanderung und über ihre Rechte zu informieren. Die Kampagne, die durch die IOM und EU finanziert wird, beinhaltet Radio- und Fernsehspots auf Arabisch und Französisch, die von zwei großen marokkanischen Sendern gesendet werden, und auf Radio Méditerranée Internationale. Poster und Flugblätter werden in ganz Marokko verteilt.

<http://www.edmmaroc.org/marocsanspdf/francais/sensibilisation/campagnes.htm>

Spanien

- Regierung, Gewerkschaften und Wirtschaft haben am 26. Oktober ein Übereinkommen getroffen, das im Februar in Kraft tretende neue Einwanderungsgesetz passieren zu lassen. MigrantInnen ohne Papiere, die einen Aufenthalt in Spanien von sechs Monaten nachweisen können, sollen einen legalen Status bekommen, wenn ein Unternehmen sie für mindestens weitere sechs Monate beschäftigt. Beherbergungs- und Baugewerbe können vielfache Verträge für einen nicht registrierten MigrantInnen vorlegen, wenn sie bis zu sechs Monaten Beschäftigung anbieten, für die Landwirtschaft genügen drei Monate. Hausangestellte können die Dokumente selbst vorlegen; es kann sich um mehrere Verträge mit verschiedenen Arbeitgebern handeln, solange es sich um 30 Wochenstunden handelt. Wenn ein Vertrag von Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterschrieben ist, wird die Regierung dem MigrantInnen eine auf ein Jahr befristete Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung erteilen.

http://www.expatica.com/source/site_article.asp?subchannel_id=81&story_id=13320

- Rund 100 Vertreter von NGOs die für Kinderrechte eintreten, haben am 31. Oktober an der Grenze von Beni-Enzar (Spanien) gegen das Vergessen und die Verschlechterung der Lage von minderjährigen Flüchtlingen unter den neuen Massnahmen des Ausländergesetzes

demonstriert. Sie forderten mehr Hilfe und gesetzlichen Schutz für unbegleitete Minderjährige und verteilten Papierpuppen als Symbol für hilflose Kinder ohne Rechte. Sie hoben die Lage in Melilla hervor, wo fast täglich unbegleitete Minderjährige ankommen. Quelle: www.apdha.org (Melilla Hoy 1.11.04)

Italien

- Die Afrikanische Union hat am 4. Oktober eine Presseerklärung herausgegeben, in der sie die kürzlich durch die italienische Regierung vorgenommene Abschiebung von afrikanischen Einwanderern missbilligt und verurteilt. <http://www.africa-union.org/home/Welcome.htm>

- Auf Druck aus Italien hat die EU ihr Waffenembargo gegen Libyen am 12. Oktober zurückgenommen. Gemäss offiziellen Quellen, kann Italien nunmehr militärische Güter für den Kampf gegen heimliche Einwanderung an Libyen liefern. Quelle: Le Figaro, 11.10.04

- NGOs in ganz Italien haben eine Kampagne begonnen mit dem Titel "Con gli Occhi a Sud: informazione in movimento". Der erste Teil "Augen auf den Süden" bezieht sich auf ein vor kurzem begonnenes Gerichtsverfahren gegen den Direktor, sechs Bedienstete elf Polizeibeamte und zwei Ärzte des Regina-Pacis-Haftzentrum in Lecce, Süditalien. Sie werden der Verletzung von Rechten und Misshandlung von 11 nordafrikanischen Migranten im November 2002 angeklagt. Der zweite Teil des Titels "Information in Bewegung" fordert mehr Information über die Bedingungen für Häftlinge, die mit Gewalt und völliger Verweigerung von bürgerlichen Rechten bedroht werden. Die teilnehmenden NGOs zeigen den Film "Mare Nostrum" von Stefano Mencherini, der die Wirklichkeit beschreibt, wie die Haftzentren eine Art italienisches Guantanamo geworden sind. Kontakt pineda@libero.it und Artikel <http://www.migranews.it/notizia.php?indice=478>

- Auf Initiative von Einwanderern in Rom und Mailand haben die Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL am 28. Oktober in Mailand gegen die lange Bearbeitungszeit bei Erteilen und Verlängern von Aufenthaltsgenehmigungen demonstriert. Sie fordern, dass Aufenthaltsgenehmigungen in der gesetzlich vorgesehenen Zeit von 20 Tagen verlängert werden, die Verlängerung der Geltungsdauer auf mindestens zwei Jahre für an Beschäftigung gebundene Aufenthaltsgenehmigungen und die Verlagerung der Rechtssprechung auf örtliche Behörden für die Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen. Die Gewerkschaften sehen eine ernste Gefahr, dass Migranten ohne Papiere die Aufenthaltsgenehmigungen im Rahmen der neuen Regularisierungskampagne beantragen, wieder ohne Papiere dastehen. Sie betonen die dringende Notwendigkeit für eine Lösung bei der Verlängerung der Genehmigungen (in Mailand dauert die Bearbeitung durchschnittlich acht Monate, wohingegen das Gesetz 20 Tage vorsieht). Diese Initiative ist Teil einer grösseren Bewegung in Italien, die in einer Demonstration am 18. Dezember, dem Internationalen Migrantentag, gipfelt. <http://www.migranews.it/notizia.php?indice=486>

Vereinigtes Königreich

- Die "Medical Foundation" hat einen Bericht "Harm on Removal: Excessive Force against Failed Asylum Seekers" (*Gefahren bei der Abschiebung: übermässige Gewalt gegenüber abgelehnten Asylsuchenden*) veröffentlicht. Der Bericht dokumentiert 14 Fälle, in denen übermässige Gewalt auf abgelehnte Asylsuchende bei der zwangsweisen Entfernung aus dem VK angewandt worden ist. <http://www.torturecare.org.uk/publications/reportAsylum.htm>

- Im April 2004 wurden neue Finanzierungsmodalitäten für legale Arbeit für Asyl- und Einwanderungsfälle eingeführt. Das Ziel ist eine Kürzung der öffentlichen Finanzierung in Asyl- und Einwanderungsangelegenheiten. Die Kürzung wirkt sich stark auf den Zugang zu spezialisiertem Rechtsbeistand aus. Viele Anwaltsfirmen haben sich ganz aus der Arbeit für Asyl und Einwanderung zurückgezogen, und viele nicht für Profit arbeitende Organisationen stehen auf der Kippe. "Bail for Immigration Detainees" (BID) und "Asylum Aid", zwei NGOs, die mit Menschen, die von diesen Kürzungen betroffen sind, arbeiten, planen, ein Dossier über die schädliche Auswirkung zusammenzustellen und zu veröffentlichen. Jeder im VK, der davon betroffen ist oder sich damit befasst, ist zur Zeichnung einer Submission für das Dossier vor dem 14.12.04 eingeladen. Bitte email an dossier@asylumaid.org.uk

- Bei einem Treffen im House of Commons am 19. Oktober wurde ein Bericht über die Erfahrung von Frauen in Einwanderungshaft im VK vorgestellt.
<http://www.irr.org.uk/2004/october/ha000019.html>

- Der kürzlich erfolgte Angriff auf illegale Arbeiter hat eine Beschäftigungskrise entzündet, die sich von den Küchen im Londoner Chinatown bis zu Schnellimbissbuden erstreckt. Restaurantbesitzer, denen zwei Jahre Gefängnis und hohe Geldstrafen drohen, haben Hunderte von Beschäftigten ohne Papiere entlassen, obwohl viele von ihnen bereits jahrelang im gleichen Restaurant gearbeitet hatten. Für eine Industrie, die sich ganz auf Arbeiter ohne Papier verlassen hat, wirkt sich das ernsthaft aus. Chinesische Eigentümer, die sich normalerweise stark bemühen, die Öffentlichkeit zu vermeiden, haben ihr Schweigen gebrochen und vor dem Verlust der Arbeitskraft ihres gesamten Gewerbes gewarnt.
<http://www.guardian.co.uk/food/Story/0,2763,1229221,00.html>

- 33 Abgeordnete haben einen Initiativantrag ("Early Day Motion" – EDM) eingebracht mit der Aufforderung an die Regierung, das UN-Abkommen zum Schutz der Rechte aller Arbeitsmigranten und ihrer Familienangehörigen zu unterzeichnen.
<http://edm.ais.co.uk/weblink/html/motion.html/ref=1741>

- Der Kent County Council hat Schulleiter angewiesen, Einwanderungsbeamten nicht zu gestatten, dass sie Kinder von abgelehnten Asylsuchenden von ihren Schulen entfernen. Dies ist Folge eines Vorfalls, bei dem Einwanderungsbeamte die Sozialbehörde gebeten hatten, ein Kind aus der Schule zu nehmen.
<http://news.bbc.co.uk/1/hi/england/kent/3953665.stm>

Die Chefinspektorin der Gefängnisse hat am 9. November einen Bericht über ihren Besuch beim Oakington Aufnahmezentrum im Juni 2004 veröffentlicht. Zur Zeit ihres Besuches wurden 41 Kinder unter 18 Jahren festgehalten und 15 waren von einer bis vier Wochen festgehalten worden.
<http://www.homeoffice.gov.uk/justice/prisons/inspprison/>

- Am 7. November ist Kenny Peter, ein Asylsuchender (entweder aus Liberia oder aus Nigeria), fast drei Wochen nach Verletzungen, die er sich selbst im Colnbrook Immigration Abschiebezentrum zugefügt hatte, im Charing Cross Hospital gestorben. Kenny Peter ist der vierte Asylsuchende, der dieses Jahr in Haft durch Selbstmord gestorben ist: Sergey Barnuyck (31) wurde am 19. Juli im Harmondsworth Abschiebezentrum erhängt aufgefunden, Tung Wang (22) erhängte sich am 23. Juli im Dungavel Abschiebezentrum, John Kanau Manana (24) wurde am 15. April in seiner Zelle im Leicester Gefängnis erhängt aufgefunden.
<http://www.homeoffice.gov.uk/justice/prisons/inspprison/>

Belgien

- Das "Centre Culturel Sub Terra" sammelt im Rahmen einer Kampagne Spielzeug für Kinder im 127 bis Abschiebezentrums in Steenokkerzeel und Telefonkarten für ihre Eltern. Die Kampagne steht unter dem Zeichen des St.-Nikolaustages in Belgien, einem symbolischen Tag, an dem Kinder üblicherweise Geschenke erhalten. Die Organisation sucht Freiwillige, die am 5. Dezember in das Haftzentrum gehen, um den Kindern und ihren Eltern Geschenke zu bringen. Kontakt Tel. 0496/40 3309; subterra00@hotmail.com.

- Dexia eine belgische Bank, wird die Versicherungs-prämien ihrer Kunden nicht mehr für die Finanzierung von Firmen und Regierungen verwenden, die die Arbeiterrechte nicht voll respektieren. <http://duurzaam.netwerk-vlaanderen.be/main.aspx?l=08&p=109>

- Auf der PICUM-Webseite ist ein neuer Bericht veröffentlicht worden, der sich mit dem Phänomen der irregulären Einwanderung im Hafen von Zeebrügge und mit der Reaktion der dortigen Polizei beschäftigt. Er kommt zu dem Schluss, dass die örtliche Polizei viel mehr für die Opfer von Menschenhandel tut als vom Gesetz vorgeschrieben. www.picum.org (Basic social rights/ Belgium/Additional information)

Niederlande

- Am 16. November fand die Premiere für die Pilotstaffel des Filmprojekts '26.000 Gesichter' statt. 17 der 90 beteiligten Filmemacher stellten kurze (zweiminütige) Filmporträts von Asylbewerbern vor, die seit fünf Jahren oder noch länger in den Niederlanden leben, immer noch nicht als Flüchtlinge anerkannt sind und denen die Abschiebung droht. Einige Debatten wurden gehalten, etwa über die Rolle von Medienpersönlichkeiten in der öffentlichen Diskussion über sensible Themen wie die Abschiebepolitik von Ministerin Verdonk. www.26000gezichten.nl

- Während am 9.-11. November die Minister der EU-Mitgliedstaaten zusammenkamen, um über Integration zu diskutieren, hielt die holländische Plattform N10 eine Protestveranstaltung ab und versuchte, eine Alternative zur 'unmenschlichen Haltung der EU-Minister' anzubieten.

www.n10.nl

- 'Herzlich Eingeladen' ist eine Ausstellung und eine Reihe von Vorführungen, Filmen und Vorträgen zum Thema Gastfreundschaft und Migration. www.bak-utrecht.nl

- Die Niederlande passen ihre Gesetzgebung an, um die europäische Richtlinie zur Definition der Beihilfe zur unerlaubten Ein- und Durchreise und zum unerlaubten Aufenthalt (2002/90/EG) umzusetzen. Die Diskussion im Parlament bezieht sich hauptsächlich auf die Sanktionen für die Beihilfe zur unerlaubten Einreise. Bis jetzt haben die Niederlande sich dagegen entschieden, allgemeine Ausnahmeregelungen für die Fälle einzuführen, in denen die Beihilfe aus humanitären Gründen geleistet wird. Sanktionen für Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt werden ebenfalls diskutiert. Sanktionen werden verhängt, wenn die Beihilfe 'zu Gewinnzwecken' geleistet wird. In der Debatte wurde präzisiert, dass es ein klares und offensichtliches Profitmotiv geben muss und dass etwa eine Rückerstattung von Unkosten nicht darin enthalten ist. Für weitere Informationen: info@stichtinglos.nl

Deutschland

- Am 13. September fand eine Gruppenabschiebung vom Hamburger Flughafen nach Afrika statt, begleitet von einem massiven Polizeieinsatz. Fünf deutsche Bundesländer (11 Flüchtlinge) sowie Belgien und die Schweiz (6 Flüchtlinge) waren beteiligt.

www.fluechtlingsrat-hamburg.de

- Drei Beamte des deutschen Bundesgrenzschutzes wurden wegen des Todes eines sudanesischen Asylbewerbers bei seiner Abschiebung von einem Gericht zu neun Monaten Bewährungshaft verurteilt. Das Frankfurter Gericht sprach die drei Polizisten der Körperverletzung mit Todesfolge schuldig. Die Urteile kommen mehr als fünf Jahre nachdem der 30 Jahre alte Aamir Ageeb an Bord einer Lufthansa-Maschine nach dem Abflug vom Frankfurter Flughafen erstickte.

<http://www.statewatch.org/news/>

<http://www.timesonline.co.uk/newspaper/0,,2738-1317216,00.html>

- Das 'No Lager' Netzwerk schliesst mehrere Organisationen zusammen, die sich für Freizügigkeit einsetzen. www.nolager.de

- Das Antirassismus-Büro Bremen hat eine neue Broschüre gegen die Internationale Organisation für Migration herausgebracht, mit dem Titel 'Stop IOM. Globale Bewegung gegen Migrationskontrolle'. iom-watch@web.de

- Am 4. Juni fand im Rathaus Hannover eine Anhörung zum Thema 'Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge und Asylsuchende' statt. In Deutschland ist Duldung ein offizieller Status. Die geduldete Person kann im Land bleiben, hat aber fast keine Rechte. Der Bericht ist erhältlich auf: <http://www.proasyl.de/texte/mappe/2004/94/16.pdf>

- Der Familie Ay, einer kurdischen Familie, die eine aussergewöhnlich lange Zeit im Schubhaftzentrum Dungavel in Schottland verbracht hat, ist in Deutschland Asyl gewährt worden. Ein Gericht sprach der Familie ein humanitäres Bleiberecht in Deutschland zu, nachdem sie gegen die Ablehnung ihres Asylantrags seitens der deutschen Regierung Berufung eingelegt hatte. Yurdugal Ay und ihre vier Kinder verbrachten über ein Jahr als Asylbewerber im Schubhaftzentrum Dungavel, bevor sie im August 2003 nach Deutschland abgeschoben wurden. Ein psychiatrischer Bericht zeigt, dass zwei der Kinder durch die Behandlung in Dungavel traumatisiert wurden. <http://www.ncadc.org.uk/>

Finnland

- Die 'Informationsquelle Migration' hat einen Artikel von Arno Tanner über Asyl und Migration in Finnland veröffentlicht, mit der Überschrift 'Finnlands Wohlstand Bringt Neue Zuwanderer'. <http://www.migrationinformation.org/Profiles/display.cfm?ID=267>

Schweiz

- 33 Organisationen werden ein Poster für Freizügigkeit, offene Grenzen und gleiche Rechte in Umlauf bringen. Die Kampagne ist gegen das eingebrachte Ausländergesetz gerichtet, das derzeit in der Bundesregierung diskutiert wird und das ein Gesetz von 1931 (LSEE) ersetzen

würde. Zur Vorstellung des Posters wird am 24. November von 18 bis 20 Uhr eine Veranstaltung im Café Bizarre des Théâtre St-Gervais abgehalten.

collectifsanspapiers@ccsi.ch

Malta

- Die Internationale Föderation der Menschenrechte (FIDH) hat vom 21. bis 26. Februar 2004 in Malta einen Besuch vor Ort durchgeführt. Das Mandat der FIDH-Mission war eine Untersuchung der Lage von Asylbewerbern und Ausländern in Malta, mit besonderer Berücksichtigung der Zustände, in denen sie in Verwaltungshaft gehalten werden. Der Bericht mit der Überschrift 'Ausländer einsperren, Flüchtlinge abschrecken: die Kontrolle von Migrationsströmen in Malta' kann auf der folgenden Webseite eingesehen werden:

http://www.fidh.org/article.php3?id_article=1929

Vereinigte Staaten

- In der ersten Oktoberwoche gaben Regierungssprecher Verlautbarungen darüber heraus, wie Migranten ohne Papiere, die von den Hurrikanen der letzten Monate im Südosten des Landes betroffen waren, Unterstützung bekommen können. Hurrikangeschädigte Migranten ohne Papiere haben keinen Anspruch auf Barzuschüsse, können aber Bundeshilfen im Namen ihrer in den Vereinigten Staaten geborenen Kinder oder anderer Verwandte beantragen, ohne dass sie nach ihrem eigenen Aufenthaltsstatus gefragt werden.

<http://www.miami.com/mld/miamiherald/news/state/9845264.htm>

- In der Oktoberausgabe dieses Newsletters wird ein Vorschlag der Bush-Regierung erwähnt, demnach Krankenhäuser Patienten über ihren Aufenthaltsstatus befragen müssten, um neue Finanzmittel des Bundes zu erhalten. Dieses Bundesgesetz sollte am 1. Oktober in Kraft treten, aber Regierungssprecher kündigten jetzt an, dass die endgültige Regelung die Befragung von Patienten über ihren Aufenthaltsstatus nicht mehr wie vorgesehen zur Bedingung für die Gewährung von Finanzmitteln macht.

<http://www.azcentral.com/arizonarepublic/local/articles/1002hospitals02.html>

- Um eingewanderte Arbeiter besser vor unsicheren Arbeitsbedingungen zu schützen, berief der Gouverneur von Illinois am 11. Oktober eigens eine Kommission ein, um die Häufigkeit von Todesfällen während der Arbeit bei hispanischen eingewanderten Arbeitern zu untersuchen. http://www.suntimesnews.com/2/news_archive/oct_04archives/1012state.htm

- Eine wachsende Anzahl zentralamerikanischer Kinder zwischen 10 und 17 Jahren werden ohne Papiere dabei aufgegriffen, wie sie versuchen, mit Hilfe von Menschenschmugglern, die ihre Eltern bezahlt haben, die Vereinigten Staaten zu erreichen. In den meisten Fällen werden sie geschickt, um Arbeit zu finden und Geld heimzusenden, oder sie möchten sich ihren Eltern anschliessen, die die Fahrt bereits unternommen haben. Die meisten der 8000 Kinder, die dieses Jahr ergriffen wurden, werden abgeschoben, wie der stellvertretende Minister für Kinder und Familien, Wade Horn, mitteilte.

http://www.abqtrib.com/archives/news04/101804_news_imkids.shtml

3. Europäische Politikentwicklungen

Die Entwicklung ' eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ' vollzieht sich seit fünf Jahren seit dem Gipfel in Tampere, Finnland. Dem nächsten Fünfjahresstadium wurde auf dem EU-Gipfel am 5. November 2004 zugestimmt. Der Hauptfortschritt, der in diesem "Programm von Den Haag" gemacht wird, beinhaltet das Aufgeben der Einstimmigkeit ab 1. April 2005 für Entscheidungen zur illegalen Einwanderung, Asyl- und Grenzpolitik sowie die Verpflichtung, der Europäischen Union eine wirklich gemeinsame Asylpolitik von 2010 an zu geben. Deutschland erreichte, Einstimmigkeit in den Feldern der gesetzlichen Einwanderung beizubehalten, die nur dann mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden wird, wenn der Verfassungsvertrag in Kraft tritt. <http://www.statewatch.org/news/2004/nov/hague-Programm-final.pdf>

Während des Rates Justiz und Inneres (25-26 Oktober) wurden einige Punkte des EU-Gipfels (siehe oben) vorbereitet. Sechs christliche Organisationen legten dem Rat 12 Empfehlungen für eine angemessene und konsequente Politik der EU-Abwanderung und des Asyls vor. Die sechs Organisationen empfehlen, dass EU-Abwanderung und Asylpolitik einen Rahmen für die Regulierung unregelmäßiger Wanderarbeitnehmer, die Anerkennung der Familienzusammenführung als ein Grundrecht, ein gemeinsames Konzept zur Integrationspolitik und eine abgeänderte Rückkehr- und Wiedereinzulassungspolitik vorsehen sollten. Sie drängen die Mitgliedstaaten, die internationale Konvention über die Rechte der Wanderarbeitnehmer zu ratifizieren, die von den Vereinten Nationen 1990 angenommen wurde. [Http://www.comece.org/comece.taf?_function=news&id=1&language=en](http://www.comece.org/comece.taf?_function=news&id=1&language=en)

Der Rat für allgemeine Angelegenheiten der EU, der am 2. November stattfand, nahm Schlussfolgerungen des Rates über eine gemeinsame Wiedereinzulassungspolitik an. <http://www.statewatch.org/news/2004/nov/nov-Summe-admission.pdf>

Am 27. Oktober zog der designierte Präsident der Kommission José Manuel Durão Barroso sein vorgeschlagenes Team der Kommission zurück. Dies folgte einer Kampagne von einer Mehrheit von Parlamentsmitgliedern (MdEP) gegen das Benennen des italienischen Ministers für Europäische Angelegenheiten, Rocco Buttiglione, als Kommissionsmitglied für Justiz und Inneres. Dies war hauptsächlich eine Folge der Ansichten, die Buttiglione über Homosexualität und die Rolle von Frauen geäußert hatte, Ansichten, von denen die Abgeordneten dachten, dass sie den europäischen Werten der Nichtdiskriminierung widersprechen. Der Kandidat Franco Frattini, der Buttiglione ersetzte, ist bis jetzt vom EP positiver aufgenommen worden. Eine Abstimmung über die neue Barroso-Mannschaft ist für den 18. November in einer Plenarsitzung in Straßburg vorgesehen. [Http://www.europarl.eu.int/press/audicom2004/index_en.htm](http://www.europarl.eu.int/press/audicom2004/index_en.htm)

Am 25. Oktober veröffentlichte die Kommission ihren Jahresbericht über die Entwicklung einer gemeinsamen Politik zur illegalen Einwanderung, Schmuggel, dem Handeln von Menschen, Außengrenzen und der Rückkehr illegaler Ortsansässiger. <http://www.statewatch.org/news/2004/nov/com-sek-1349-krank-imm.pdf>

Die soziale Plattform, die aus mehreren europäischen Netzwerken zusammengesetzt ist, die an sozialen Fragen arbeiten, hielt eine Konferenz über die "Sozialpolitische Agenda 2006-2010 "ab: Welche Zukunft für Sozialpolitik ". Ein Positionspapier über die Zwischenübersicht über die Strategie von Lissabon (siehe unten) und Vorschläge für die sozialpolitische Agenda 2006-2010 wurden gestartet. <http://www.socialplatform.org/code/en/camp.asp?Page=143>

Am 17.-19. Oktober fand das dritte Europäische Rundetischgespräch über Armut und sozialen Ausschluss in Rotterdam statt. Diese jährliche Konferenz überprüft Fortschritte im Hinblick auf die sozialen Ziele der Agenda von Lissabon und sucht Wege, die EU-Strategie zu verstärken und zu entwickeln, um Armut und sozialen Ausschluss zu bekämpfen.

EAPN stellte die Standpunkte von NRO in den neuen Mitgliedstaaten am Rundetischgespräch dar, das in Rotterdam stattfand (siehe oben). Diese NRO sind der Ansicht, dass sie noch immer mit einem Gefühl relativer Gleichgültigkeit in den politischen Tagesordnungen ihrer Länder hinsichtlich der Armut und des sozialen Ausschlusses kämpfen. Dies ist besonders stark im Zusammenhang eines erhöhten Fokus auf EU-Ebene im Hinblick auf Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung, die sich in den neuen Mitgliedstaaten in einem Gefühl übersetzt, sich in der europäischen wirtschaftlichen Integration als 'gut und schnell' zu erweisen. Dies geschieht oft zum Nachteil der Personen, die Armut und sozialen Ausschluss erfahren.

http://www.eapn.org/code/en/publ_detail.asp?pk_id_content=822

Wim Kok, früherer Premierminister der Niederlande, legte seinen Bericht am 3. Oktober vor, der als eine Zwischenübersicht über die Strategie von Lissabon dient. (Die Strategie von Lissabon soll die EU zur wettbewerbsstärksten Region der Welt bis 2010 zu machen). "Der Herausforderung gegenüberstehend" kommt der Kok-Bericht zu der Schlussfolgerung, dass die enttäuschenden Ergebnisse der Strategie vor allem auf einen Mangel an bestimmter politischer Aktion zurückzuführen sind. Die Mitteilung Koks und seiner hochrangigen Gruppe ist, dass, während alle drei Säulen der wirtschaftlichen, sozialen und Umwelt-Strategie von Lissabon gültig bleiben, die Priorität jetzt für Europa ist, seine wirtschaftliche Wachstumsrate zu steigern und für mehr Beschäftigung zu sorgen.

http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/index_en.html

EAPN, das Europäische Anti-Armutnetzwerk, hat eine Antwort auf diesen Bericht vorbereitet und bringt seine Bedenken über die Tatsache zum Ausdruck, dass der Bericht darin fehlschlägt, der Komplexität der Lissabonstrategie gerecht zu werden und die Verpflichtungen ignoriert, die man in Lissabon im März 2000 eingegangen ist, um Armut und sozialen Ausschluss auszurotten. [Http://www.eapn.org/code/en/news_detail.asp?pk_id_content=833](http://www.eapn.org/code/en/news_detail.asp?pk_id_content=833)

ETUC, der Europäische Gewerkschaftsbund, unterstützt den Bericht, bedauert aber, dass die Themen sozialer Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung vernachlässigt wurden.

<http://www.etuc.org/en/index.cfm?target=/en/Press/releases/employ/kok2.cfm>

Solidar, eine weitere in Brüssel angesiedelte NRO, veröffentlichte ebenfalls eine Stellungnahme zum Kok-Bericht, in der sie den Versuch bedauert, dass man die Verantwortung für eine Zwischenübersicht den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission weggenommen hat, indem man eine hochrangige Arbeitsgruppe aus vor allem männlichen Staatsmännern, Vertretern der Geschäftswelt und einer Minderheit von Gewerkschaftlern eingesetzt hatte. Solidar bedauert den Mangel an angemessener Repräsentation von Frauen in der Gruppe sowie die Tatsache, dass kein Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft aufgefordert wurde, der Arbeitsgruppe beizutreten. In einem weiteren wichtigen Kommentar bemerkt Solidar, dass die soziale Dimension der sozialen Lissabonziele ziemlich oberflächlich behandelt wurden. www.solidar.org

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hat entschieden, dass eine chinesische Frau, die nach Belfast reiste und dort ein Kind hatte, das Recht hat, in Großbritannien zu leben, weil das Kind ein Irischer-/EU-Bürger wurde.

[Http://curia.eu.int/en/actu/communiques/index.htm](http://curia.eu.int/en/actu/communiques/index.htm)

http://www.guardian.co.uk/uk_news/story/0,3604,1331225,00.html

Die Robert-Schuman Stiftung hat eine Webseite über die Europäische Verfassung ins Leben gerufen. Sie ist verfügbar in Französisch und liefert den vollständigen Text der Verfassung sowie aktuelle Informationen über den Ratifizierungsprozess der 25 Mitgliedstaaten.

[Http://www.constitution-europeenne.info](http://www.constitution-europeenne.info)

Zwischen dem 31. August - 3. September, hielt das Justizministerium der Niederlande in Zusammenarbeit mit dem Migrationspolitikinstitut eine Konferenz über das zukünftige Asyl und Abwanderung in der EU ab.

Der vor kurzem veröffentlichte zusammenfassende Bericht reflektiert die Diskussion über die Regulierung undokumentierter Wanderarbeitnehmer und verweist auf die Bedeutung, grundlegende Rechte für alle Ortsansässigen des EU-Gebiets ungeachtet der Rechtsstellung zu garantieren. Er erwähnt auch die Bedeutung des Einbeziehens von Städten und Gemeinden" (die Staatsebenen, am direktesten von illegaler Einwanderung und ihren Auswirkungen betroffen sind) bei der Planung von Einwanderungs- (und Integrations) managementbemühungen.

[Http://www.migrationpolicy.org/pubs/EUpresidency_conf_summary.pdf](http://www.migrationpolicy.org/pubs/EUpresidency_conf_summary.pdf)

Die Europäische Kommission startete eine Konsultation hinsichtlich der Aufgaben und Ziele der zukünftigen Agentur der Grundrechte der Europäischen Union (Fundamental Rights Agency of the European Union). Die Idee besteht darin, das Mandat des European Union Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, das in Wien angesiedelt ist, zu erweitern, indem man es in eine Agentur der Grundrechte umwandelt. Die Kommission möchte alle Beiträge bis 17. Dezember 2004 erhalten. Eine öffentliche Anhörung wird Anfang 2005 abgehalten werden.

http://europa.eu.int/comm/justice_home/news/consulting_public/fundamental_rights_agency/index_en.htm

Der Vorschlag, die Aufgabe des European Union Monitoring Centre on Racism and Xenophobia zu einer Agentur der Grundrechte "zu erweitern", wird von der NRO Statewatch in Frage gestellt. Sie schlagen vor, dass es wäre besser darauf zu bestehen, dass Menschenrechtskommissionen in jedem der 25 Staaten obligatorisch sind, wobei sie die Befolgung der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleistet. Außerdem existiert das Netz unabhängiger Experten für Grundrechte schon. Diese neue Agentur würde teuer sein, der Bedeutung des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit Abbruch tun und wenig des Wertes hinzufügen, wenn sie nur Menschenrechtsdaten sammeln soll.

<http://www.statewatch.org/news/2004/oct/hague-Programm-draft.pdf>

Die für die Integration verantwortlichen Minister kamen am 9.-11. November 2004 in Groningen, Niederlande, zusammen. Die Kommission legte die erste Ausgabe des "Europäischen Handbuchs über Integration" vor. Sie enthält beste Praktiken und Lehren, die aus den fünfundzwanzig Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf den folgenden Gebieten gezogen werden,; Einführungskurse für neu ankommende Immigranten und anerkannte Flüchtlinge, bürgerliche Teilnahme und Indikatoren.

http://europa.eu.int/comm/justice_home/doc_centre/immigration/integration/doc/handbook_en.pdf

http://www.eu2004.nl/default.asp?CMS_ITEM=82B60F87CFF0E969631D0A746095F51X1X66543X16

4. Veranstaltungen (Ankündigungen und Berichte)

Social Alert wird eine Konferenz zum Thema "Towards social protection for informal economy workers" abhalten: <http://www.socialalert.org>

Die belgische Nichtregierungsorganisation "Medical Support Point for Undocumented Migrants" organisiert zu Anlass ihres zehnten Geburtstag am 14. Dezember eine Konferenz über "Accessibility of health care and a reasonable and realistic prospect for undocumented migrants: a common concern". www.medimmigrant.be

Am 8.-9. November fand eine Konferenz des niederländischen Ministeriums für Soziales und Beschäftigung zum Thema "A Social Europe; Let's Deliver!" statt. Die Konferenz bildete den Abschluss einer Reihe von Expertenkonferenzen über Themen wie Beschäftigung, Kinderbetreuung, Arbeitsbedingungen, Armut und Renten. <http://www.employment.gov.nl/>

"Migrant Workers' Rights, Immigration Surveillance: the Challenges for 2005." Das Seminar ist Teil der Jahresvollversammlung des JCWI am 20. November 2004, 14-16 Uhr. Keine Teilnahmegebühr. Kontakt: charles.peyton@jcw.org.uk.

"Factors hampering and/or stimulating the return of illegal aliens and rejected asylum seekers in detention centres in various EU countries." Expertentreffen in Tilburg (Niederlande), 9.-10. Dezember 2004, organisiert durch die juristische Fakultät der Universität Tilburg. Kontakt: J.T.M.Pentinga@uvt.nl

5. Veröffentlichungen

Access to health care for illegal immigrants in the EU: should we be concerned? Von Romero-Ortuño, R. European Journal of Health Law, September 2004, Ausgabe 11, Nummer 3, S. 245-272
<http://www.ingentaconnect.com/content/mnp/ejhl/2004/00000011/00000003/art00003>

Vernederd, verkracht, verborgen: Huis-slaven in België. Von Inge Ghijs, Manteau, 2004.

Die Zeitung *Movements of Migration*, veröffentlicht anlässlich des European Social Forums in London, ist jetzt im Internet zugänglich. Die Zeitung untersucht Migration als eine selbständige soziale Bewegung und beinhaltet Artikel über die Beschaffenheit von Grenzen. <http://www.noborder.org>

Access to Social Protection for Illegal Labor Migrants. Bericht von Dr. Paul Schoukens und Dr. Danny Pieters (European Institute of Social Security), veröffentlicht vom "Committee of experts on standard-setting instruments in the field of social security" (Europarat). <http://www.eiss.be/>

De afdwingbaarheid van sociale grondrechten. Von G. Maes, Intersentia, 2003. Das Buch beschreibt eindeutige juristische Methoden, um internationale Sozialrechte zur konkreten Anwendung zu bringen.

<http://www.intersentia.be/zoekdetail.asp?titel=De+afdwingbaarheid+van+sociale+grondrechten&auteur=&isbn=&vakgebied=&trefwoord=&datum=&auteurid=&reeksid=&pageid=0&page=1&pid=983#>

Crossing the Border: Research from the Mexican Migration Project. Von Jorge Durand und Douglas S. Massey. Russell Sage Foundation Publications

<http://www.amazon.com/exec/obidos/ASIN/0871542889/centerforimmigra>

Boom, Bust, and Beyond: The State of Working California. Moving Ahead or Falling Behind? California's Fast-Growing Latino Workforce. California Budget Project, September 2004.

<http://www.cbp.org/2004/0408latinoreport.pdf>

Hidden Danger. Environmental Health Threats in the Latino Community. Natural Resources Defense Council, Oktober 2004. <http://www.nrdc.org/health/effects/latino/english/contents.asp>

Gourougou, Bel Younes, Oujda : la situation alarmante des migrants subsahariens en transit au Maroc et les conséquences des politiques de l'Union Européenne. Bericht von Anne Sophie Wender, unter Mitarbeit von Marie-José Laflamme-Marsan und d'Hicham Rachidi (AFVIC-Plateforme Migrants), Service des Solidarités Internationales, Cimade.

<http://www.cimade.org/downloads/rapportMaroc.pdf>

Aufenthaltsrechtliche Illegalität in Deutschland. Sozialstrukturbildung - Wechselwirkungen - Politische Optionen. Von Norbert Cyrus. Der Bericht enthält die Beratung für einen Migrations- und Integrationsrat (Nürnberg), Berlin.

http://www.bafl.de/template/zuwanderungsrat/content_zuwanderungsrat_gutachten_expertisen.htm

Dossier Statistico Immigrazione 2004. Caritas/Migrantes.

http://www.db.caritas.glauco.it/caritastest/temi/Immigrazione/Dossier_2004/home.htm

New Citizens, Old Borders. Von Tito Boeri. Finance and Development, Juni 2004, Band 41, Nummer 2. Die Veröffentlichung erörtert Einwanderung und Sozialstaatlichkeit in EU-Mitgliedsstaaten. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2004/06/pdf/boeri.pdf>

La libre circulation des idées et des mobilisations contre « la mise à l'écart et l'enfermement des étrangers » : Le paradoxe de l'Europe de Schengen. Von Nathalie Loisel. IEP Rennes. Dissertation über das MIGREUROPE-Netzwerk.

<http://terra.rezo.net/sourcesetdocuments/francophones/documents/publi/LOISEL.rtf>

La mise à l'écart de l'étranger. Centres fermés et expulsions. Herausgegeben von Pierre-Arnaud Perrouy, Brüssel, Editions Labor, 2004.

<http://www.ulb.ac.be/socio/germe/images/centresfermes.jpg>

Expulser, *Plein Droit* n° 62, Oktober 2004. <http://www.gisti.org/doc/plein-droit/62/index.html>

L'asile s'éloigne de l'Union européenne. Von Patrick Delouvin. ACAT France Magazin. September-Oktober 2004.

http://www.acat.asso.fr/courrier/annee_2004/Cour_248/europe_248.htm

Jeunes scolarisés sans papiers : régularisation mode d'emploi. Ein praktischer und juristischer Ratgeber veröffentlicht von Réseau éducation sans frontières.

<http://www.educationsansfrontieres.org/>

Housing and immigration - an update. MigrationWatch UK, 12. Oktober 2004.

http://www.migrationwatchuk.org/Briefingpapers/housing/housingreport_update.asp

Besonderen Dank an Brita Pohl, Margret Müller, Yongmi Schibel, Fabian Küster und Valeska Huber für die deutsche Übersetzung des Newsletters.

Um den PICUM-Newsletter zu abonnieren, schreiben Sie bitte eine email an administration@picum.org mit „Subscribe-German“ in der Betreff-Zeile. Um sich abzumelden, schreiben Sie bitte „Unsubscribe-German“ unter Betreff.
